

Nicht für Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Stellen Sie den Antrag möglichst nicht später als drei Wochen vor Antritt der Übung/besonderen Auslandsverwendung oder einer Hilfeleistung im Innern oder im Ausland. Das Antragsrecht erlischt drei Monate nach Beendigung der Übung/besonderen Auslandsverwendung/Hilfeleistung im Innern oder im Ausland.

- Bitte benutzen Sie für zusätzliche Angaben ein besonderes Blatt. -

An das

Landkreis Zwickau
Landratsamt - Sozialamt
Unterhaltssicherung
PF 10 01 76
08067 Zwickau

**Antrag auf Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG)
für Übende und Teilnehmer/innen an einer besonderen Auslandsverwendung oder einer
Hilfeleistung im Innern oder im Ausland**

1 Angaben zu meiner Person

Name, Vorname		Anschrift (Straße, Haus-Nr, PLZ, Ort)		
Geburtsdatum	Zuständiges Finanzamt		Identifikationsnummer	
Tagsüber telefonisch erreichbar (Telefonnummer mit Vorwahl)		Im Falle meiner Abwesenheit ist auskunftsberechtigt (Vorname, Name, Anschrift)		Tagsüber telefonisch erreichbar (Telefonnummer mit Vorwahl)
Familienstand	Kinder, für die ich das Sorgerecht habe			
<input type="checkbox"/> ledig	Verheiratete, Verpartnerte, - Kinder, die mir gegenüber unterhaltsberechtig sind			
<input type="checkbox"/> verheiratet	Geschiedene, Verwitwete: - Stiefkinder, die im gemeinsamen Haushalt leben und von mir überwiegend unterhalten werden			
<input type="checkbox"/> verpartnert	Vorname	Name	Geburtsdatum	
<input type="checkbox"/> geschieden	1. Kind			
<input type="checkbox"/> verwitwet	2. Kind			
	3. Kind			
Übung, besondere Auslandsverwendung, Hilfeleistung vom–bis (Datum)		Dienstgrad		

2 Ich beantrage

2.1 Leistungen für Selbständige (§ 13 a USG) und bitte um Übersendung des hierfür vorgesehenen Fragebogens.

2.2 Ersatz des mir entfallenden Arbeitsentgeltes (Verdienstausschlag nach § 13 Abs. 2 USG). Ich stehe in einem Arbeitsverhältnis. Mein Arbeitsplatz befindet sich im Inland. Meinen Verdienstausschlag

weise ich nach durch die beigefügte Arbeitgeberbescheinigung kann ich noch nicht nachweisen. Sollte ich die Arbeitgeberbescheinigung nicht rechtzeitig vorlegen, bitte ich mir zu Beginn der Wehrdienstleistung/Dienstleistung den Mindestbetrag der Verdienstausschlagentschädigung als Abschlag ausbezahlen.

2.3 Verdienstausschlagentschädigung auf der Grundlage meines bisherigen Einkommens (§ 13 Abs 3 USG).
Meine Einkommensverhältnisse waren in den letzten 13 Monaten vor der Wehrdienstleistung/Dienstleistung bestimmt durch

2.3.1 meine Berufsausbildung

vom–bis (Datum)	Ausbildungsbetrieb (Name und Anschrift)
-----------------	---

2.3.2 folgende Arbeitsverhältnisse

vom–bis (Datum)	Arbeitgeber (Name und Anschrift)
a)	
b)	

2.3.3 folgende Verdienstausschlagzeiten

vom–bis (Datum)	Art der Verdienstausschlagzeiten (Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Krankheit o.ä.)

2.4 Die Mindestleistung nach § 13 c Abs 1 USG (z. B. Studenten/Studentinnen ohne Arbeitseinkommen; Arbeitnehmer/innen, denen der Arbeitgeber/die Arbeitgeberin das Arbeitsentgelt während der Wehrdienstleistung/Dienstleistung freiwillig fortzahlt).

2.5 Die Mindestleistung nach § 13 c Abs 3 USG. Ich bin Beamter/Richter/Berufssoldat im Ruhestand. Die Angaben über die Höhe meiner Versorgungsbezüge bitte ich einzuholen bei

Dienststelle, Anschrift	Aktenzeichen
-------------------------	--------------

3 Ich bitte die Unterhaltssicherungsleistung zu überweisen

an mich an Frau/Herrn (Vorname, Name, Anschrift)

Geldinstitut

Bankleitzahl (BLZ)

Kontonummer

IBAN

BIC

4 Ich erkläre ausdrücklich, dass ich meine Angaben vollständig und richtig gemacht habe und nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt bin.

Jede Veränderung bis zum vorgesehenen Ende der Wehrdienstleistung/Dienstleistung werde ich der Unterhaltssicherungsbehörde unverzüglich melden.

Für diese Wehrdienstleistung/Dienstleistung habe ich Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz noch nicht beantragt.

Ich bin damit einverstanden, dass meine Versicherungsnummer und der Betrag meines infolge der Wehrdienstleistung/Dienstleistung entfallenden Bruttoarbeitsentgeltes an die für die Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zuständigen Behörden der Bundeswehrverwaltung weitergegeben werden.

(Datum, Unterschrift)

Anlage(n)

Durchschrift des Einberufungs-/Heranziehungsbescheides

Arbeitgeberbescheinigung

Besonderes Blatt mit zusätzlichen Angaben

Vermerk der Behörde